

# Krausamer Zeitung.

1864.

Nr. 163.

Dinstag den 19. Juli

Die „Krausamer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krakau 3 fl., mit Verrechnung 4 fl., für einzelne Nummern 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. VIII. Jahrgang. Gehört für Insertionen im Amtsblatt für die viergehaltene Petizions- und Anzeigebestellung 5 Nkr., im Anzeigebestellung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Selber übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

## Amtlicher Theil.

Nr. 3827/praes.  
Nach einer dem hohen k. l. Polizei-Ministerium gemachten Mittheilung des hohen Ministeriums des Aeußern macht die ottomanische Pforte den nach der Türkei Reisenden neuerdings die Beibringung eines Papijums Seitens einer ottomanischen Vertretungs-Behörde zur Pflicht.  
Was infolge hohen Polizei-Ministerial-Erlasses vom 9. Juli 1864 Z. 4329/747 zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.  
Vom Präsidium der k. l. Statthalterei-Commission.  
Krakau, am 18. Juli 1864.

Se. k. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Hand-schreiben vom 11. Juli d. J. dem Hofrath der königlich neben-bürgerlichen Hofkanzlei, Eugen Freiherrn v. Friedentfels, in Anerkennung seiner vielfährigen erprießlichen und ausgezeichneten Dienstleistung tairrei das Ritterkreuz des Leopold-Ordens aller-gnädigst zu verleihen geruht.  
Se. k. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-scheidung vom 11. Juli d. J. dem Finanzlandesdirector in Nie-derschlesien, Ministerialrath Wald Ritter v. Wersford, tairrei den Titel und Rang eines Vice-Präsidenten der Finanzlandes-Direktion in Niederschlesien allergnädigst zu verleihen geruht.  
Se. k. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Ent-scheidung vom 8. Juli d. J. den Conceptspracticanen, Johann Zivoy novik, zum Honorärconcepracticanen der croatisch-slavo-nischen Hofkanzlei allergnädigst zu ernennen geruht.  
Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat den disponiblen Hofdirections-Adjuncten in Hermannstadt, Moriz Straßer, zum Hofamtsverwalter in Czernowitz ernannt.  
Die königlich-croatisch-slavonische Hofkanzlei hat den Beich-nungs-Adjuncten an der Haupt- und Unter-Hofkanzlei zu Wa-rasdin, Wenzel Setyra, zum technischen Lehrer an derselben Lehranstalt ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 19. Juli.

Der Trias-Gedanke scheint demnächst in den Vordergrund der deutschen Bundesreformfrage treten zu sollen. So weit in dieser Beziehung zur Zeit ver-läutet, würde nach einer Mittheilung der „Bohemia“ aus Wien, Seitens der dritten Gruppe eine Organi-sation des Bundes angeregt werden, welche mit Helt-haltung des an die Spitze der Bundesacte gestellten Bundeszwangs doch innerhalb dieses Bundeszwangs der Bewegung jeder einzelnen Gruppe einen freieren Spiel-raum ließe. Dieser freiere Spielraum würde, obgleich der Bund als solcher unauflosbar bleibt, die Möglich-keit eines jeder Entwicklung fähigen Sonderlebens verbürgen, nach Außen hin aber eine Solidarität ge-ben, welche sich selbstverständlich unter der Vorausset-zung gänzlicher Reciprocity, unbedingt auch auf die nichtdeutschen österreichischen und preussischen Gebiets-theile zu erstrecken haben werden.  
Der „Schles. Ztg.“ wird aus Wien, 11. d., be-richtet: Hannover bereitet einen Bundesreform-Antrag auf der Trias-Grundlage vor.  
Die officielle Neue Hannov. Ztg. erklärt indessen

die Nachricht über eine von der hannoverschen Re-gierung andern deutschen Höfen übergebene Denkschrift zu Gunsten der Triasidee für vollständig erfunden.  
Ueber den mutmaßlichen Inhalt der dänischen Friedens-Vorschläge liegen auch heute außer den gestrigen telegraphisch und anderweitig berührten nähere Andeutungen nicht vor.  
Die Versuche, den Großherzog von Oldenburg zur Verzichtleistung auf seine Erbansprüche zu Gun-zen des Herzogs von Augustenburg zu bewe-gen, haben, wie die Prag. Z. vernimmt, nicht zu dem gewünschten Resultate geführt: im Gegentheil hört sie von verlässlicher Seite daß der Großherzog von Oldenburg sich veranlaßt gesehen, ein Schreiben an den Kaiser Nap o l e o n zu richten, in welchem er dessen Unterstützung in der Geltendmachung seiner Ansprüche ansucht. Wir glauben nicht, schreibt ihr Wiener Correspondent, daß dieser Schritt dem Groß-herzoge in Deutschland besondere Sympathien zu-führen werde, und wir begreifen ihn um so weniger als der Großherzog sich wohl erinnert haben muß, daß auch das Schreiben, welches seiner Zeit der Herzog von Augustenburg an den Kaiser Napoleon gerich-tet, die Sympathien, deren sich der erstere in Deutschland erfreute, wesentlich beeinträchtigt hat. Die deutschen Großmächte halten sich den beiden Prätendenten ge-genüber vollkommen unparteiisch. Dies beweist schon der Umstand, daß sie, damit auch der Form genügt werde, am Bunde beantragten, es solle, wie dies dem Herzog von Oldenburg gegenüber geschah, so auch an den Herzog von Augustenburg die förmliche Auf-forderung gerichtet werden, seine Ansprüche vor dem Bunde zu begründen, obwar er dies eigentlich, wenn auch nicht in der für das Prozessual-Verfahren geeig-neten Weise, bereits gethan, und auch neuerdings eine seine Ansprüche begründende und jene des Herzogs von Oldenburg bekämpfende Denkschrift an die deut-schen Regierungen gerichtet hat. Sollte die Majori-tät am Bunde jedoch die frühere Begründung be-reits als eine genügende Grundlage für die Untersü-chung anerkennen, so zweifeln wir nicht, daß sich Ös-terreich in dieser Beziehung der Majorität fügen werde. — Die Verhandlungen wegen des Friedens, heißt es in dem Schreiben vom 15. d. u. a. weiter, werden erst später beginnen und selbstverständlich der österreichisch-preussischen Convention gemäß, ge-meinschaftlich gepflogen werden. Jede Befugniß, es könnte Österreich nur einen geringen Einfluß auf diese Verhandlungen ausüben, ist deßhalb un-be-gründet.  
In den Zeitungen ward kürzlich erwähnt, der Kö-nig von Preußen habe an den Herzog von Olden-burg ein Handschreiben gerichtet, um denselben zu be-wegen, von der Geltendmachung seiner Ansprüche ab-zustehen. Die Nachricht wird gegenwärtig dementirt. Nicht vom König von Preußen, sondern vom König von Sachsen ging nach einer Nachricht der „Bohe-mia“ das erwähnte Schreiben aus.  
Der Herzog von Augustenburg hat, wie die „Verf.“ vernimmt, die Zumuthung, zu Gunsten des Großherzogs von Oldenburg auf seine Ansprüche zu verzichten, entschieden abgelehnt, und ist entschlossen, alle Hebel zur Durchführung seiner Candidatur in Bewegung zu bringen.  
In dieser Woche soll schon, wie berichtet, die

Abstimmung am Bunde über den Antrag, daß der Erbprinz von Augustenburg seine Successionsansprü-che ebenfalls wie der Großherzog von Oldenburg be-gründen möge, erfolgen. Der Antrag dürfte, wie der Wiener Corr. der „Prager Ztg.“ mutmaßt, abge-lehnt werden — aber im günstigen Sinne für den Augustenburger, da schon viele deutsche Regie-rungen für ihn sich ausgesprochen haben.  
In Bundeskreisen, meldet man der „E. D. Z.“ aus Frankfurt, wird die in einer Denkschrift nie-dergelegte Nachsichtverwahrung des Herzogs Fried-rieh von Augustenburg gegen die Ansprüche des Groß-herzogs von Oldenburg auf Holstein und Schleswig vielfach besprochen. Diese Denkschrift ist außer dem Bunde auch allen deutschen Höfen, sowie den Cabi-neten von Paris und London mitgetheilt worden und soll dieselbe sehr geschickt abgefaßt sein. Als Ver-fasser wird der Minister des Herzogs Herr v. Franke-bezeichnet.  
Das Kopenhagener Fädrelandet sagt, man be-hauptet, daß das neue Ministerium ein Ministerium nach dem Herzen Sr. Majestät des Königs sei.“ Wenn dies der Fall, so würde man also jetzt das Herz Sr. Majestät kennen. Dem sei nun wie ihm wolle, folgt, würde es lieber nach seinem historischen Charakter ein Ministerium der Illusionen“ benen-nen. Es sei eine Illusion, wenn der König glaube, daß ein solches Ministerium ihn und sein „Haus“ tragen und stärken könne. Es sei eine Illusion, wenn ein solches Ministerium glaube einen Frieden schaffen zu können, womit Dänemark und dem dänischen Volk könne gedient sein, und es selbst verantworten könne, darauf einzugehen. Es sei eine Illusion, wenn jemand glaube, daß ein solches Ministerium mit den gesetzli-chen Organen regieren könne, und daß die Begeben-heiten sich ruhig und in friedlicher Weise entwickeln könnten. Und es sei endlich eine große und fast un-begreifliche Illusion, wenn andere als diejenigen, die in Anordnung gerathen ist, sich über die Entstehung dieses Ministeriums „freuen“; denn niemand werde Freude oder Zufriedenheit von ihm haben. Dasselbe Blatt äußert die (übrigens schon früher in der gemel-deten Depesche mitgetheilte) Vermuthung, daß die beiden Minister ohne Fortefeuille, Graf Carl Moltke und Kammerherr Duade, dazu bestimmt werden über den Frieden zu verhandeln.  
Das „Pays“, dem die Aufgabe geworden zu sein scheint, die Ideen der französischen Regierung aus-schließlich auszudrücken, bespricht die Verhandlungen zwischen Dänemark und Preußen. „Das kopenhagener Cabinet — so sagt das „Pays“ u. a. — hat die Bahn der Unterhandlungen betreten. Die Frage ist Friede geschlossen werden? Man hat von dem Ein-tritt der Gesamt-Dänemarks in den deutschen Bund gesprochen. Es ist unmöglich, eine Combination, die so unpraktisch ist, daß man sie für eine Utopie halten muß, ernsthaft anzunehmen. Man muß sie daher ohne Discussion beseitigen. Der Friede kann nur innerhalb der Ideen geschlossen werden, welche sich in der Konferenz fund gaben, und die dort keinen Anklang fanden. Welches Stück seines Besitzthums wird Dänemark abzugeben genöthigt sein? Es liegt uns wenig daran, ob der Theil, welcher von Däne-

mark losgetrennt wird, der Souveränität eines Dänenburg oder eines Augustenburg anheimfällt. Aber woran uns sehr viel liegt, ist, daß Dänemark unter den Bedingungen der Unabhängigkeit und Lebensfä-higkeit fortbesteht, die ihm den Rang einer europäi-schen Macht erhalten. Der legitimste Prätendent in unseren Augen wird der sein, der am wenigsten ver-langen wird.“  
Dem „Pays“ scheint auch die Aufgabe geworden zu sein, der englischen Allianz ohne Aufheben das Wort zu reden. Dasselbe bringt unterm 13. d. wie-der einen Artikel in diesem Sinne, der ihm vom Mi-nisterium des Aeußern zugegangen ist.  
Von glaubwürdiger Seite wird der „Pr. Z.“ die neueste Krankheitsgeschichte Garibaldi's für Fiction erklärt und behauptet, daß seiner Anwesen-heit in der Nähe Neapels ausschließlich politische Mo-tive zu Grunde lägen, welche vorderhand noch sorg-fältig verhielt werden müßten. Ja selbst die Turiner Regierung, welche trotz aller Notizen, Verhandlungen und Kammerreden die römische Frage d. h. Einverlei-bung R o m s in das sardinische Italien seinen Zoll breit in Fluß gebracht, scheint nun aus ihrer stagni-renden Politik herausgetreten zu sein und soll sich im Einverständnis mit Garibaldi zu einem gefährlichen Experiment entschlossen haben. Mit einem Wort, man glaubt in Turin, daß die Gewalt der Umstände eine weit günstigere und raschere Lösung der römi-schen Angelegenheit zu Stande bringen dürfte, als die bisherigen jahrelangen und resultatlosen Verhand-lungen. Ob indeß diese Voraussetzungen der Turiner Regierung wirklich nach allen Seiten sich erfüllen werden, scheint vorderhand mehr als problematisch.  
Der „Köln. Ztg.“ wird aus „glaubwürdiger“ Quelle das Ergebnis der letzten Besprechung des Cardinals Antonelli mit dem russischen Ge-schäftsträger Herrn von Meyendorff mitgetheilt. Der-bermalige russische Vertreter erhielt den Bescheid, der h. Vater habe, als er bei der kirchlichen Feier in der Propaganda Polens gedachte, keine andere Absicht gehabt, als die Lage der Katholiken im Allgemeinen zu kennzeichnen. Hingegen werde er in der Allocu-tion des nächsten geheimen Consistoriums vor den versammelten Cardinälen eingehender darüber handeln. Dieser officielle Act allein könne als Grundlage zu weiteren gegenseitigen diplomatischen Besprechungen und schriftlichen Meinungsabgaben die geeignete Ge-legenheit darbieten.  
Es bestätigt sich, daß England Frankreich wegen der Niederwerfung des Aufstandes in Algerien hat beglückwünschen lassen. Dieses wird für sehr wichtig gehalten, da bis dahin England sich auch keines ein-zigen Actes schuldig gemacht, der direct oder indirect eine Anerkennung dieser französischen Eroberung aus-spricht.  
Die Regierung sowie das Volk in Peru scheinen entschlossen zu sein, den Spaniern in nichts nachzu-geben; Zeichnungen behufs Verstärkung der Küsten-verteidigung nehmen im ganzen Lande ihren erfolg-reichen Fortgang.  
Bei Besprechung eines bezüglichen Artikels der jungen Flensburger „Nordd. Ztg.“, die sich zum

## Benilleton.

### Communes VI.

8. Man suche vor Allem die Zugangstreppen, dann solche Theile, auf welchem andere ruhen, und jene Local-e zu schätzen, in welchen sich brennbare Gegenstände befinden.  
9. Man schütze (besprizte) die dem Feuer ausgesetz-ten Thüren, Läden, Balken und Holztheile. Durch das Schützen (Bespritzen mit Wasser) verköhlen die Gegen-stände an ihrer Oberfläche, ohne förmlich zu verbrennen; die Kohle sättigt sich dann mit Wasser und hindert die Weiterverbreitung des Feuers.  
10. Man leite nicht ohne Noth den Strahl auf Fen-sterhöfen noch nicht geöffnete Räume; durch die Zer-trümmerung der Scheiben wird der Luftzutritt verschafft.  
11. Man halte (aus demselben Grunde) alle Thüren, Fenster, Dächer u. s. so lange wie möglich verschlossen und öffne sie niemals ohne Noth.  
12. Können mehrere Rohrführer nach den angegebenen Regeln planmäßig zusammenwirken, so wird der Erfolg gesteigert.  
13. Wo ein Rohrführer oder ein anderer Feuerwehr-mann in einen raucherfüllten Raum eindringen soll, bediene er sich eines Mundschwammes oder binde in Ermangelung eines solchen, ein mit Wasser oder Essig getränktes lei-nees Tuch drei- bis viermal um den Mund, wobei der Athem durch den Mund eingeblasen und durch die Nase ausgestoßen wird.  
14. Hat das Feuer schon zu sehr um sich gegriffen,

Sprizens und den Fortschritt des Feuers nicht gehörig beobachten.  
oder liegen andere Umstände vor, welche einen directen An-griff unmöglich machen, so muß die Brandstätte so enge als möglich eingeschlossen werden und haben sich die Lösch-Mittel vorzugsweise darauf zu erstrecken, die Verbrei-tung des Feuers zu verhindern, und nicht nur die benach-barten Gebäude an denjenigen Punkten zu decken, an wel-chen durch brennbare Stoffe die Verbreitung des Feuers zuerst befürchtet werden muß, sondern auch aus diesen Ge-bäuden alle brennbaren Stoffe möglichst zu entfernen.  
15. Aus den vorstehenden Regeln ergibt sich, daß das Sprizens mit dem Standrohre in den wenigsten Fällen mit Nutzen anwendbar ist, vielmehr meist eine nutzlose Vergeudung des oft sparsam zugemessenen Wassers. Häufig sogar eine Vermehrung des Brandes zur Folge hat.  
Umständliche Behörden und Gemeinden sollten daher vor-Allen darauf bedacht sein, die Sprizens mit einer Schlauch-einrichtung — wo solche fehlt — zu versehen, und je-denfalls mit einer genügenden Länge von Schläuchen — mindestens 200 Fuß — auszurüsten, und ebenso die Schläu-che stets in gutem, dienstfähigem Stande zu erhalten. Keine Sprizse soll ohne Schlauch-einrichtung sein, weil man das Feuer nur mittelst der Schläuche angreifen soll.  
Außer den Löschgeräthen gehören zu einer wohlange-richteten Feuerwehr die verschiedenen Rettungsapparate, als:  
a) die gewöhnliche große Leiter; b) die Patentleiter;  
c) die italienische Leiter (aus 5—8 Stücken zum Zusam-menlegen eingerichtet); d) die Gesimabrüde und Gesim-leiter; e) die Dachleiter; f) die Rettungsschleife; g) die

Role; h) die Spinne; i) der Rettungsschlauch; k) das Springtuch; l) das Rettungsgestell; und m) der Kellerapparat.  
Wir wollen hier den Rettungsschlauch, das Springtuch und den Kellerapparat wegen ihrer Wichtigkeit näher be-leuchten, weil die übrigen Rettungsgeräte mehr oder we-niger bekannt sind.  
Das wichtigste Instrument zur Rettung von Menschen und manchen Gegenständen ist unstreitig der Rettungs-schlauch. Mittels desselben können Menschen ohne die geringste Gefahr für dieselben aus den obersten Stockwer-ken auf die Straße herabgebracht, und Früchte, Bücher, Acten u. s. w. auf rasche und sichere Weise dem feindlichen Elemente entrissen werden.  
Man nimmt zu diesem Schlauche das stärkste Segel-tuch und gibt ihm eine Länge von 50 bis 60 Fuß und eine Breite von 3 Fuß 5 Zoll. Die Art und Weise der Manipulation mit demselben gehört in die Instruction für die Feuerwehr.  
Der Springtuch ebenfalls aus starkem Segeltuche gefertigt, 12 Fuß im Quadrat, an den Ranten mit einer Leine eingefast, die in Zwischenräumen von je 1 Fuß immer eine Handhabung bildet, um daran das Tuch zu hal-ten. Um demselben einen besonderen Grad von Stärke zu geben, werden auf der Rehrseite Gurten im Quadrat von 1 Fuß Seitenlänge gestichtweise übereinander genäht.  
Der Kellerapparat besteht aus einem ledernen Koller mit Aermeln, welcher oben und an den Seiten ohne Deffnung ist, den also der Pompier über den Kopf anzie-

gen kann, um sich gegen die Wirkung des Feuers zu schützen.





